

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

146 (28.10.1948)



# WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Die deutschen Demontage-Vorschläge

Prof. Erhard: Das demokratische Recht der Deutschen, fair an die Alliierten zu appellieren

(Von unserer Frankfurter Redaktion)  
Frankfurt a. M., 27. Okt. Professor Dr. Erhard gab am Mittwoch in Frankfurt vor der Presse eine Darstellung der Besprechungen mit dem ERP-Administrator Paul G. Hoffman. Er widersprach dabei einer von Dena aus Berlin gesendeten Nachricht, daß General Clay das Demontage-Memorandum an Oberdirektor Dr. Funder zurückgeleitet habe mit dem Be-

merken, daß die offiziellen Vertreter Westdeutschlands sich nicht über die Militärdemontage hinwegsetzen können. Erhard erklärte, daß ihm von einem solchen Verhalten nichts bekannt sei und es im übrigen auch dem demokratischen Recht der deutschen Vertreter sei, in fairer Weise an die Regierungen der Alliierten heranzutreten und ihnen dieses Memorandum zu überreichen.

Die deutsche Denkschrift, die am Dienstag im Wortlaut der deutschen Presse übergeben worden ist, kommt zu folgender Schlussfolgerung:

1. Demontage für die im Rahmen einer freien Wirtschaft wichtigen Betriebe bis durch einwandfreie Festlegung aller und deutscher Sachverständiger klar gestellt ist, welche Teile der deutschen Industrie für den Wiederaufbau Europas und Deutschlands eingesetzt werden sollen.

2. Nicht Demontage von ganzen Betriebsanlagen sondern Leistung bestimmter Stoffe von Produktionsmitteln nach genauer Feststellung der Leistungsmöglichkeiten Deutschlands, wobei es den deutschen Stellen überlassen bleiben muß, wie und woher diese Produktionsmittel beschafft werden.

3. Gemeinsame Feststellung von Kontrollmaßnahmen zwischen deutschen und alliierten Dienststellen gegen eine Wiederaufbau Deutschlands.

In der Denkschrift, die von den elf westdeutschen Ministerpräsidenten ausgearbeitet worden ist, wird u. a. auch auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Kugelagierindustrie hingewiesen und die Wiederaufnahme der synthetischen Fettsäureerzeugung gefordert. Die Stahlwerke von 10,7 Mill. t jährlich für die Vereinigten Westzonen wird als nicht ausreichend bezeichnet, da sie auf den Inlandsbedarf eingestellt ist und die im Rahmen des Marshallplanes notwendige Ausführung nicht berücksichtigt.

## Revison von Reparations-Verteilungen

Washington, 27. Okt. (AP) Die USA, Großbritannien und Frankreich haben am Mittwoch eine umfassende Revison der Verteilung deutscher Industrieanlagen als Reparationen beschlossen. Die gemeinsame Erklärung der alliierten Regierungen und Frankreich der amerikanischen Forderung nach zeitweiliger Einstellung der Demontagen während der Überprüfung nicht entsprochen haben.

Vertreter des State Department erläuterten die Erklärung der Regierungen dahin, daß die Demontage der in Frage kommenden Werke fortgesetzt wird. Nur die Auslieferung der materiellen Anlagen an die alliierten Staaten wird bis zu einer endgültigen Entscheidung eingestellt. Anlagen, die nicht auf der Liste der zu überprüfenden Werke stehen, werden weiterhin nach ihrer Demontage der Reparationsbehörden zugeteilt, heißt es in der Erklärung.

## Urteils-Begründung im OKW-Prozeß

Nürnberg, 27. Okt. (Dena) Das amerikanische Militärtribunal Nr. 5 begann am Mittwoch mit der Verlesung der Urteilsbegründung im OKW-Prozeß. Im allgemeinen Schuldspruch ließ das Gericht den Angeklagten vier (Verschwörung) und drei (Anklagepunkt eins (Verbrechen gegen den Frieden) frei. Der frühere Generalfeldmarschall Hugo Sperle wurde vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß er sich weder an Saukowskis Programm noch beigetragen habe, daß sowjetische Kriegesgefangene in der Rüstungsindustrie beschäftigt wurden. Sperle soll sofort entlassen werden. Der ehemalige Generalfeldmarschall Wilhelm von Leeb wurde in Punkt drei der Anklagepunkte freigesprochen. Generalfeldmarschall Friedrich Wilhelm von Kuehler wurde nach den Punkten zwei und drei der Anklageschrift schuldig gesprochen. Oberbefehlshaber der vierten Panzerarmee, schuldig nach Punkt zwei und drei.

## Einigung über den Nordatlantik-Pakt

„Der Weg für den ersten transatlantischen Militärpakt der Geschichte ist frei“

Paris, 27. Okt. (AP) Die Außenminister der fünf Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union haben am Dienstag beschlossen, die Vereinigten Staaten um den Abschluß eines Nordatlantikpaktes zu ersuchen. Nach der zehntägigen Sitzung im französischen Außenministerium sind die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs übereingekommen, ihre Botschafter in Washington anzuweisen, die Beratung dieses Paktes mit dem State Department und dem Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten in Kürze aufzunehmen.

Ein französisch-belgischer Vorschlag auf Errichtung eines westeuropäischen beratenden Parlamentes wurde durch die britische Opposition hinfällig. Außenminister Ernest Bevin sagte jedoch zu, diese Idee gemeinsam mit den anderen vier Staaten weiter zu verfolgen.

Die Außenminister beschlossen jedoch die Bildung eines Ausschusses, der die Forderung einer größeren europäischen Einheit in den nächsten drei Monaten prüfen soll. Dem Ausschuss werden je fünf Vertreter der UN unter dem Vorsitz von Frankreich und zwei Vertreter Luxemburgs angehören. Dieser Ausschuss für die „Europäische Einheit“ soll sowohl die französisch-belgischen Vorschläge für ein europäisches Parlament, wie auch den britischen Vorschlag, alle von anderen Regierungen und privaten Organisationen gegebenen

Angeregungen zu erörtern. Damit ist der Ausschuss in der Lage, die Vorschläge der unter Führung von Winston Churchill, Leon Blum, Paul Henri Spaak und Alcide de Gasperi stehenden Europa-Bewegung entgegenzunehmen.

Aus dem nach Abschluß der Sitzung herausgegebenen Kommuniqué geht weiter hervor, daß die Außenminister die Entscheidung ihrer Verteidigungsminister, einen gemeinsamen Generalstab für Land-, See- und Luftstreitkräfte aufzustellen, ratifizieren haben. Sie billigten ferner die von den Finanzministern der fünf Staaten getroffenen Abmachungen über die Finanzierung der ständigen Ausschüsse der Union, insbesondere des Generalstabes.

Ein offizieller Sprecher erklärte, die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder in die Westeuropäische Union, wie zum Beispiel Italiens oder der skandinavischen Länder, sei nicht besprochen worden. Die Außenminister haben während ihrer Beratungen auch die deutsche Frage, einschließlich der Blockade Berlins behandelt und sich mit dem Schicksal der italienischen Kolonien befafigt. Eingewandte Beschlüsse seien in dieser Richtung anscheinend nicht getroffen worden. Auch die Palästinafrage scheint besprochen worden zu sein, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Politik entschlossen hat.

## Doch noch Verständigung über Berlin?

Dulles: Die KP, die „Schockbrigade des Weltproletariats“

Paris, 27. Okt. (AP) In gut unterrichteten UNO-Kreisen sagte man am Dienstag voraus, daß die Verhandlungen zwischen den Großmächten und den „neutralen“ Mitgliedern des Sicherheitsrates über die Resolution zur Schlichtung der Berliner Streitfrage weitergehen würden.

In Kreisen, die dem argentinischen Außenminister, Dr. Juan Bramuglia, nahe stehen, versichert man, daß die Verhandlungen zwischen den Sowjets und den Westmächten wohl überbrücken lassen. Bramuglia habe gemeint, beide Seiten seien sich jetzt schon ziemlich nahe gekommen, daß der stellvertretende sowjetische Außenminister selbst am Montag gesagt habe, die Sowjetunion wäre mit der Aufhebung der Blockade einverstanden, falls gleichzeitig die Berliner Währung eingerichtet würde.

Der internationale Kommunismus arbeitet mit den Mitteln der Gewalt, des Zwanges und des Terrors auf einen Weltfrieden hin, erklärte der außenpolitische Berater der Republikanischen Partei, John Foster Dulles, am Dienstag vor dem politischen Ausschuss der Vereinten Nationen in der Balkandebatte. Nach amerikanischer Ansicht ist die Vollversammlung als auch die Berliner Frage vor dem Sicherheitsrat hängen beide mit einer allgemeinen Anstrengung zur Ausdehnung der Macht des sowjetischen Kommunismus über die ganze Welt zusammen.

Der amerikanische Delegierte brachte eine Viermächterresolution ein, die von Großbritannien, China und Frankreich unterstützt wurde und sich gegen die „fortgesetzte Hilfe der Nachbarländer Griechenlands für die Aufständischen“ wendet. Es heißt darin, diese Unterstützung gefährde den Frieden auf dem Balkan und sei nicht mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen. Außerdem wird in der Resolution vorgeschlagen, daß die Balkankommission der Vereinten Nationen (UNSCOB) ihre Tätigkeit wieder aufnehmen soll und der Vollversammlung über die Einhaltung des Unterstufungsverbot der Vereinten Nationen durch Albanien, Jugoslawien und Bulgarien Bericht erstatten soll.

Der amerikanische Delegierte, John Foster Dulles, hielt eine seiner eindrucksvollsten Reden über die amerikanische Außenpolitik seit Beginn der Vollversammlung und sagte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, wo man auch immer hinsieht, überall müsse man die gleichen Bestrebungen der Kommunisten feststellen, nämlich Aufwiegelung von außen und Zwang, Furcht und Gewalt von innen, um internationale politische Ziele zu erreichen.

Dulles fügte hinzu, die Ähnlichkeit der kommunistischen Bestrebungen würde deutlich werden, wenn die Vollversammlung sich mit der Koreafrage befasse. Der Sowjet, so wird den Kommunisten gegenüber nicht eher sicher sein, bevor nicht die nichtkommunistischen Nationen in ihrer Stärke und Zahl so geschwächt sind, daß der kommunistische Einfluß in der Welt vorherrscht. In diesem Zusammenhang sprach der kommunistische Parteimitarbeiter, die „Schock-Brigade des Weltproletariats“.

Der britische Staatsminister, Hector McNeill, Maurice Couve de Murrville, Frankreich, und der chinesische Delegierte, der amerikanische Delegierte, John Foster Dulles, hielten eine ihrer eindrucksvollsten Reden über die amerikanische Außenpolitik seit Beginn der Vollversammlung und sagte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, wo man auch immer hinsieht, überall müsse man die gleichen Bestrebungen der Kommunisten feststellen, nämlich Aufwiegelung von außen und Zwang, Furcht und Gewalt von innen, um internationale politische Ziele zu erreichen.

## Kanada für einen Atlantikpakt

Toronto, 27. Okt. (AP) Der kanadische Verteidigungsminister, Brooke Claxton, erklärte am Dienstag, ein Nordatlantikpakt, an dem auch Kanada und die Vereinigten Staaten beteiligt seien, würde einiglos Erfolgswahrscheinlichkeit herabsetzen, wenn die Sowjetunion einen Krieg begäme. „Wir planen unsere Verteidigung nach Beratung mit den anderen, so daß sich unsere Maßnahmen in den späteren Plan einfügen, der nach einer Billigung des Atlantikpakts durch das Parlament beschlossen wurde.“

## „Der freie Welt“

Paris, 27. Okt. (AP) Außenminister Bevin wird jetzt den ersten offiziellen Schritt unternehmen, um die USA-Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß von Westeuropas Seite aus der Weg für den ersten transatlantischen Militärpakt der Geschichte frei ist.

In diplomatischen Kreisen Washingtons erklärte man am Dienstagabend, daß sich nach Abschluß der Präsidentenwahlen am 2. November dieses Jahres in den nächsten Monaten neue Entwicklungen in Richtung auf den Nordatlantik-Vertheidigungspakt ergeben würden.

Eine offizielle Stellungnahme zu dem diesbezüglichen Vorschlag der Außenminister der Westunion vom Dienstag dieser Woche nicht vor, da noch kein formelles Ersuchen an das State Department gerichtet worden ist.



E.R.P.-Administrator Hoffman in Frankfurt a. M. Er wird mit dem leitenden Wirtschaftsexperten der deutschen Wirtschaftsgesellschaft besprochen.

## Nur Drei-Ländervereinigung möglich

Bonn, 27. Okt. (Dena) Die drei westlichen Militärgouverneure sind, wie Dena Dienstag von gut informierten Kreisen erfährt, nur für eine Vereinigung aller drei südwestdeutschen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden zustimmend. Eine Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab. Die Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab. Die Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehnen die Militärgouverneure ab.

## Konservative gegen Verstaatlichung

Thronrede König Georgs VI.  
London, 27. Okt. (AP) Die Ankündigung eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens durch König Georg VI. in seiner Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentsperiode hat sofort Gegenmaßnahmen der konservativen Opposition ausgelöst. Die Führer der konservativen Opposition haben umgehend nach der Rede des Königs mit der Vorbereitung eines ersten Angriffs gegen diese Maßnahme begonnen. Sie planen einen Zusatzantrag zu der Rede, in dem sie die Aufnahme von Verstaatlichungsplänen in diese Rede ablehnen. Sollte dieser Zusatzantrag, der einem Tadelwort gleichkommt, gebilligt werden, so würde die Regierung des Ministerpräsidenten Clement Attlee zum Rücktritt gezwungen sein.

## Im Telegrammstil

Washington, Die ERP-Administration (Eca) bewilligt am Montag Marshall-Plan-Zuteilungen in Höhe von 33 858 127 Dollar. Von diesem Betrag erhält Frankreich 21 493 000 Dollar, die Bizone 48 000 Dollar (zum Einkauf von Kopal) und die französische Zone 83 000 Dollar für Frachtposten. Gleichzeitig wurde jedoch von den Führern für die Bizone bewilligten Mittel 33 000 Dollar gestrichen. (Dena)

Asuncion (Paraguay). Die Regierung von Paraguay gab am Dienstag bekannt, daß die Revolte in Asuncion niedergeschlagen worden sei. Der Führer der Aufständischen, Oberst Carlo Montano, habe sich der Regierung ergeben. (AP)

London. Großbritannien hat am Dienstag von den USA eine Marshall-Plan-Anleihe in Höhe von 310 Mill. Dollar erhalten. (Dena-Reuter)

Wien. Die sterblichen Überreste Franz Lehars werden am Samstag in Bad Ischl beigesetzt werden. Der Wiener Bildhauer Willy Kauer hat die Totenmaske abgenommen. — Walter Ulbricht und Max Fechner, zwei maßgebende Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei der DDR, werden am 14. Kongreß der Kommunistischen Partei Österreichs teilnehmen, der in Wien am 20. Oktober beginnt und bis zum 1. November dauert. (Dena/AP)

Athen. König Paul von Griechenland unterzeichnete am Montag ein Dekret, das über den Peloponnes der Ausnahmezustand verhängt wird. (AP)

München. Kardinal Erzbischof Josef Frings, Erzbischof von Köln, wurde von Papst Pius dem Zwölften zum Hohen Protektor für das gesamte Bistum Köln ernannt. — Die Ernennung des ehemaligen Berliner Korrespondenten der „New York Post“, Kendall Foss, zum Nachfolger von Jack M. Fletcher als Chefredakteur der „Neuen Zeitung“, wurde am Mittwoch von Oberst Gordon E. Texor bekanntgegeben. (AP/Dena)

## Arbeit in Stichworten

Rechtsausschuß: Der Rechtsausschuß der UN-Vollversammlung beschloß am Montag mit 25 Gegenstimmen die Verurteilung der kulturellen Völkermord“ aus dem Entwurf für eine Konvention über den „Völkermord“ zu streichen.

Unter Ausschluß: Der Ausschuss lehnte am Montag den sowjetischen Vorschlag ab, die Land-, See- und Luftstreitkräfte der fünf Großmächte innerhalb eines Jahres um ein Drittel zu vermindern. Ferner wurde der neue sowjetische Vorschlag zur Errichtung eines internationalen Kontrollorgans zurückgewiesen, dem die fünf Großmächte ausführlich offizielle Angaben über ihre Rüstung und bewaffneten Streitkräfte vorlegen sollten.

Sozialrat: Während der Montagdebatte über Artikel 6 der 29 geplanten Artikel der Erklärung der Menschenrechte bestritt die fünf Großmächte die Zusammenarbeit mit den UN nicht nach Wunsch funktionieren. Er enthielt sich als einziger

## Landtag kritisiert Wirtschaftspolitik

91. Sitzung des würt.-bad. Landtags im Zeichen der Preissteigerungen  
(Von unserer Stuttgarter Redaktion)  
Stuttgart, 27. Okt. Die 91. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 27. Oktober stand im Zeichen der Wirtschaftspolitik von Professor Erhard. Wirtschaftsminister Dr. Veit (SPD) nahm auf Grund einer CDU-Anfrage über die Preissteigerungen für Güter und Leistungen des täglichen Marktes Stellung. Er erklärte, dass die Preissteigerung ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft sei, dass sie ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft sei, dass sie ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft sei.

Der lebensnotwendige Export ginge zurück, weil die Fabrikanlagen auf dem Inlandmarkt größere Vorteile fänden. Das Gesetz gegen die Preissteigerung käme viel zu spät und gebe eine schlechte Handhabung. Wörtlich erklärte er: „Wir alle erstreben eine Marktwirtschaft, die so besser ist, aber es muß eine Wirtschaft mit Konkurrenz herrschen.“

An das Jedermann-Programm dürften nur bescheidene Hoffnungen geknüpft werden, denn teilweise seien nur 15% der an sich schon unzureichenden Produktion für dieses Programm vorgesehen worden. Es wäre besser, so schlägt Dr. Veit vor, nicht jedem, sondern nur den Bedürftigsten diese Ware zukommen zu lassen. Es müsse endlich auch in Frankfurt geordnet werden. Denn Deutschlands Wirtschaft verfrage keine wirtschaftliche und soziale Krise. Die Reallohn würden sinken, die Arbeitsleistung nachlassen, obwohl die Produktion auf Grund besserer Rohstoffzufuhr ansteige. Ein Millionenheer Bedürftiger klage an.

Abgeordneter Dr. Häring (CDU) trat für die Politik Professor Erhards ein. Der Preisanstieg sei nicht allein auf die Produktion zurückzuführen. Er führte dazu die einzelnen Kostenelemente in der Produktion an. Handel, an dem die Preissteigerung geführt hätte. Große Schuld trage auch die zu hohe Kopfkarte der Geldordnung an dem Anstieg. Auf das Jedermann-Programm eingehend, erklärte Abgeordneter Häring, daß die englische Arbeiterpartei das Vorbild dazu gegeben habe. Abgeordneter Pfleger (SPD) erklärte, daß es heute nicht um Parteipolitik ginge, sondern darum, gemeinsam die Not zu beseitigen. Gewisse Schichten der Bevölkerung seien unheimlichweise auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

## Kurz beleuchtet

Die Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaftspolitik durch vielfach ungerichteten und gefährlichen Preisanstieg scheint jetzt endlich mit entscheidenden Maßnahmen beschränkt zu werden. Preiswuchergesetz, Jedermann-Programm, die erstrebten Fertigerimporte, die Proklamation der Verwaltung in Frankfurt, auf dem Lebensmittelsektor die Bewirtschaftungsbestimmungen zu respektieren, die Anerkennung seitens des Bauernverbandes, daß die zugestanden Preissteigerungen die Produktionslage der Landwirtschaft gestärkt haben und sein Appell an die Bauern, den Verlockungen des Schwarzmarktes zu entsagen — all das sind Momente, die zu guten Hoffnungen berechtigen. Sie können Wahrheit werden, wenn die Kontrollorgane nicht versagen, sondern sich mit der nötigen Entschlossenheit gegen die Verlockungen der Demokratie auf die Autorität nicht verzichten werden kann. Mit papierenen Ermahnungen und ewiger Langmut muß Schluss sein, es wird Zeit, gegen alle Sinne der gegen das Allgemeininteresse — seien in Industrie, Handel oder Landwirtschaft — unverzüglich mit den Zwangsmaßnahmen und Strafen vorzugehen, für die genügend gesetzliche Möglichkeiten geschaffen worden sind. Es ist die höchste Zeit, daß die Demokratie ihren ähdernten Kredit durch schnelles, klares und entschlossenes Handeln repariert und stärkt. W. S.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

## Wirtschaftspolitik

Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Preissteigerungen sind ein Zeichen für die Entwicklung der Wirtschaft.

3. Jahrgang Nr. 146 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Zeichen der Gesundung

Viel Apathie und Müdigkeit herrscht noch im Land, und niemand braucht sich nach den Volk und Einzelnen zugefügten Schlägen darüber zu wundern, aber es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die politische Narbe des Deutschen die Folge von Krieg und Katastrophe allmählich verliert.

Es zeugte von einer verhängnisvollen Minderleistung, wollte man das Gute, das sich im Gestrüß des Widersinnigen und Schiefen in die Welt und außerhalb unserer Zäune an die Oberfläche drängt, übersehen oder in seiner Tendenz verkennen.

Aber der Kumpel vom Revier hat nicht nur Stimmen in die Wahlurnen, sondern wie es sein Beruf mit sich bringt, auch Kohlen in einem solchen Ausmaß in die Loren geworfen, daß der bisherige Leistungsrekord an der 300 000-t-Grenze mit jetzt 308 500 t weit überboten wurde.

Nur wer will, daß das Zentralproblem jeglicher Produktionsleistung die Erhöhung der Kohlenförderung ist, kann die Wirkung dieser Bergmannleistung für die übrigen Zweige unserer Wirtschaft ermessen. Carapunkte, Amalgamzettel und Textilkarte als Anreiz zur Leistungssteigerung für die Bergleute sind mit der Reichsmark verschwunden.

Das verpflichtet alle an und in der Wirtschaft Tätigen, besonders die Verantwortlichen an der Spitze einer sozialen Moral mitzuwirken, die den schärfen und ausmerzt, der seinem krankhaften Egoismus auf Kosten der Allgemeinheit die Zügel schießen läßt.

Nichts zeigt dies deutlicher als die Abstimmungsvorgänge bei den Gemeindevahlurnen in Schleswig-Holstein. Die dortigen Wähler des Landes hat das Wahlvolk bei einer überaus hohen Wahlbeteiligung zwischen 80 und 90 Prozent ein eindeutiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum Schleswig-Holsteins abgegeben.

Das Wesentliche aber ist die Abwendung der Wählerschaft auch in der Zeit härtester persönlicher Bedrängnis von allen radikalen Splitterparteien und ihre Eingliederung in die beiden Weltanschauungsgruppen der SPD und CDU. Ihr gemeinsamer Kampf hat in der selben Stunde, wo die Dänen in London über die Schleswigfrage verhandelten, der ganzen Welt mit dem Stimmzettel in freier Abstimmung den überwiegend deutschen Charakter des Landes erwiesen.

Restitutions sabotieren ERP

Der ERP-Administrator Paul G. Hoffman hat im Auftrage der amerikanischen Regierung mit den Regierungen in London und Paris über die Frage verhandelt, ob es im Interesse des europäischen Wiederaufbaus nicht praktischer sei, zur Demontage vorgesehene Betriebe in Deutschland weiterarbeiten zu lassen, anstatt sie zu demontieren.

Wir Diplomaten entre nous

Bonn empfängt seine Besucher heute nicht nur mit glühenden Orchideenbeeten, sprudelnden Springbrunnen und strahlender Straßenbeleuchtung, sondern auch mit geradezu galanten Polizisten, die mit parlamentarischer Höflichkeit Auskunft geben.

Galante Polizisten gibt es jetzt aber nicht etwa nur in der Stadt, sondern insbesondere im höchsten Hause Bonn, im Parlamentarischen Rat.

Einmal am Rhein, sangen auch zwei Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auf ihrem kurvenreichen Nachhauseweg. Hinter ihnen ging ein boshafter Reporter und schrieb über sie eine noch boshaftere Glosse.

„Ich hatte Angst Soldat zu werden, und wollte meine UK-Stellung sichern“, entschuldigte sich Norbert Schulze, Kompanist der „Lilli-Marlene“ vor der Spruchkammer.

Leider gibt es auch Emigranten, für die mit der Beseitigung Hitlers der Kampf gegen Deutschland nicht zu Ende war, für Leute wie Emil Ludwig und Professor Förster.

Erika Mann ist nach ihrer eigenen Aussage im Juli 1945 als Kriegsverbrecherin in Meins Gattin geblieben, wenn wir fester Überzeugung und festen Glaubens sind in Bezug auf die Freiheit und auf die demokratischen Ideale.

Die freien Völker der Erde werden für immer auf die Worte Nazismus und Faschismus mit Abscheu blicken, und es darf dem Sowjetismus nicht gestattet werden, die frei gewordene Position zu beziehen.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und der Regierung durch die Majorität.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalistiche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht.

Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde.

Die „Kleine Candy-Luftbrücke“

Gale S. Halverson, ein 27-jähriger amerikanischer Leutnant, der zwar Junggeselle ist, aber Kinder „schrecklich gern“ mag, erzählt uns, wie er und andere Piloten der Luftbrücke deutsche Kinder im amerikanischen Sektor Berlins mit Schokolade und anderen Süßigkeiten bombardieren.

Leutnant Halverson taufte sein Unternehmen „Operation Little Vittles“ im Gegensatz zur großen „Operation Vittles“, wie die Luftbrücke offiziell bezeichnet wird.

Die Geschichte nahm im Juli dieses Jahres ihren Anfang. Leutnant Halverson flog damals zweimal täglich eine Transportmaschine von Frankfurt am Main nach Berlin, hatte aber noch keine Möglichkeit gehabt, die frühere Reichshauptstadt zu besichtigen.

Am Rand des Tempelhofer Flugplatzes blieb er stehen, um ein paar Filmaufnahmen von landenden Flugzeugen zu machen. Als er fertig war, standen an ihm zwei kleine Mädchen heran.

„Einmal am Rhein“, sangen auch zwei Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auf ihrem kurvenreichen Nachhauseweg.

„Ich hatte Angst Soldat zu werden, und wollte meine UK-Stellung sichern“, entschuldigte sich Norbert Schulze, Kompanist der „Lilli-Marlene“ vor der Spruchkammer.

Leider gibt es auch Emigranten, für die mit der Beseitigung Hitlers der Kampf gegen Deutschland nicht zu Ende war, für Leute wie Emil Ludwig und Professor Förster.

Erika Mann ist nach ihrer eigenen Aussage im Juli 1945 als Kriegsverbrecherin in Meins Gattin geblieben, wenn wir fester Überzeugung und festen Glaubens sind in Bezug auf die Freiheit und auf die demokratischen Ideale.

Die freien Völker der Erde werden für immer auf die Worte Nazismus und Faschismus mit Abscheu blicken, und es darf dem Sowjetismus nicht gestattet werden, die frei gewordene Position zu beziehen.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und der Regierung durch die Majorität.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalistiche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht.

Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde.

sondern standen einfach da und guckten. Er fand in seiner Tasche noch drei Stück Kaugummi und verschenkte sie.

Am folgenden Tag warf er drei Fallschirme mit Süßigkeiten durch eine Luke im Boden seines Flugzeuges ab, und seitdem fliegen täglich neue Bombardements statt. Inzwischen sind es 20 Kleinst-Fallschirme geworden, die jeden Tag durch die Notluke am Heck des Flugzeuges zu Boden schweben.

Halverson verteilt zahlreiche Briefe von Buben und Mädchen, die etwas von seinen Süßigkeiten erwisch hatten, und die ihn „Uncle Sam“ oder „Captain American“ anreden.

Die Süßigkeiten für die „Kleine Luftbrücke“ stammen ursprünglich von Leutnant Halversons eigener Bonbonfabrik. Dann halfen andere Piloten aus und schließlich auch Kameraden vom Bodenpersonal; auch die Taschentücher wurden gestiftet.

Die Stadt Mobile in Alabama rief eine Taschentücher- und Candy-Spende ins Leben. Ein Nachbargenosse griff die Geschichte auf und baute einen Süßigkeiten- und Taschentücher aller Teiles der Vereinigten Staaten ein, die nun jeden Tag auf das kleine Völkchen herabregnen. (AD)

„Einmal am Rhein“, sangen auch zwei Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auf ihrem kurvenreichen Nachhauseweg.

„Ich hatte Angst Soldat zu werden, und wollte meine UK-Stellung sichern“, entschuldigte sich Norbert Schulze, Kompanist der „Lilli-Marlene“ vor der Spruchkammer.

Leider gibt es auch Emigranten, für die mit der Beseitigung Hitlers der Kampf gegen Deutschland nicht zu Ende war, für Leute wie Emil Ludwig und Professor Förster.

Erika Mann ist nach ihrer eigenen Aussage im Juli 1945 als Kriegsverbrecherin in Meins Gattin geblieben, wenn wir fester Überzeugung und festen Glaubens sind in Bezug auf die Freiheit und auf die demokratischen Ideale.

Die freien Völker der Erde werden für immer auf die Worte Nazismus und Faschismus mit Abscheu blicken, und es darf dem Sowjetismus nicht gestattet werden, die frei gewordene Position zu beziehen.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und der Regierung durch die Majorität.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalistiche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht.

Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde.



Wir stellen vor ...

... Fliegersegeant „Lewis, die Ziege“ und Kamelein „Clarence“, die sich anscheinend beide nicht nur der Fliegerei verschrieben haben, — sie repräsentieren die britische Royal Air Force und die amerikanische Luftwaffe —, sondern nebenbei oder hauptsächlich Maskottchen-dienste leisten. „Clarence“ kam und „Sergeant Lewis“ ging — sie wurde mit allen militärischen Ehren von einem RAF-Stützpunkt entlassen.

Erika in Amerika / Erika Mann kennt keine deutschen Demokraten

Die deutschen Emigranten im Ausland standen beim Kampf gegen Hitler in der ersten Reihe und wenn sie dabei ausläsische Sender benutzen konnten, wurde ihr Wirken von den deutschen Demokraten mit größter Anteilnahme verfolgt.

Leider gibt es auch Emigranten, für die mit der Beseitigung Hitlers der Kampf gegen Deutschland nicht zu Ende war, für Leute wie Emil Ludwig und Professor Förster.

Erika Mann ist nach ihrer eigenen Aussage im Juli 1945 als Kriegsverbrecherin in Meins Gattin geblieben, wenn wir fester Überzeugung und festen Glaubens sind in Bezug auf die Freiheit und auf die demokratischen Ideale.

Die freien Völker der Erde werden für immer auf die Worte Nazismus und Faschismus mit Abscheu blicken, und es darf dem Sowjetismus nicht gestattet werden, die frei gewordene Position zu beziehen.

Die Demokratie glaubt an das Recht der Völker auf eine friedliche Entwicklung und an das Recht der Diskussion und der Regierung durch die Majorität.

Es ist nicht länger Platz auf der Erde für den Eigennutz des einzelnen. Er muß für nichts als Kummer, Leiden und Tod. Die Welt ist zu klein geworden für die Selbstsucht, zu klein für rein nationalistiche Interessen.

Das deutsche Volk lebt im Herzen eines Kontinents, in dem ein Kampf zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Arten des politischen und geistigen Glaubens vor sich geht.

Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde.

bleiben, damit, wenn die Vertreter den Wünschen des Volkes nicht entsprechen, sie es ablehnen können, sie in ihren Ämtern zu lassen und neue Leute einsetzen können, welche mit mehr Recht die Wünsche des Durchschnittsmannes und der Durchschnittsfrau vertreten.

Kriegsgefangene in Polen Fiedler Erich, 24. 7. 1944, Ruda; Fiedler Erich, 18. 3. 1924, Popschütz; Fiedler Ernst, 19. 1. 1885, Niemiż; Fiedler Ernst, 16. 2. 1896, Herwisdorf; Fiedler Ernst, 11. 2. 1922, Hannover; Gerhards Hans, 30. 4. 1920, Aachen; Gerhardt Georg, 1. 2. 1925, Leisnitz; Gerhardt Paul, 25. 8. 1925, Pruzhany; Gerhardt Siegfried, 19. 1. 1918, Unterpörlitz; Gerhardt Wilhelm, 12. 7. 1888, Dieburg; Hansen Harry, 14. 4. 1911, Pflenzburg; Hansen Heinz, 8. 2. 1925, Morau; Hansen Georg, 20. 12. 1921, Bollhof; Hansen Karl, 28. 8. 1925, Berlin; Hansen Karl, 25. 8. 1922, Hamburg; Jonassen Ernst, 3. 1. 1914, Gauz; Jonitz Otto, 19. 12. 1906, Neukölln; Joes Heinz, 22. 1. 1927, Herrenberg; Joes Wilhelm, 16. 3. 1923, Galmannsdorf; Jopek Josef, 9. 11. 1907, Grembitz; Kastner Artur, 4. 7. 1922, Walschleben; Kastner Bruno, 10. 1. 1925, Nürnberg. (Fortsetzung folgt)



